

Süddeutsche Zeitung

NEUESTE NACHRICHTEN AUS POLITIK, KULTUR, WIRTSCHAFT UND SPORT

DEUTSCHLAND-AUSGABE

HF1 HK1 HS1 HH1

München, Freitag, 23. Dezember 2011

67. Jahrgang / 51. Woche / Nr. 296 / 2,20 Euro

Das Streiflicht

(SZ) Die Flecken Erde, wo der Mensch machen kann, was er will, werden immer weniger. Überall stehen versteckte Kameras, die sein Tun und Treiben in irgendwelche Kontrollzentren übertragen, und wenn er zu Bett geht, ist sein kompletter Tagesablauf in Echtzeit filmisch dokumentiert. Leider weiß man nicht, wer all die Aufnahmen sammelt und ob sie käuflich zu erwerben sind. So eine Gesamtschau seines Lebens könnte dem Menschen womöglich beim Jüngsten Gericht nützlich sein, wenn es gilt, unberechtigte Vorwürfe zu entkräften. Mit den Bildern der Kamera könnte der Beschuldigte den himmlischen Instanzen etwa beweisen, dass er seinerzeit die Limousine des Chefs in der Tiefgarage nur gesäubert, aber keinesfalls mit dem Schraubenzieher zerkratzt hat. Sollte der Schraubenzieher doch im Bild sein, sieht es schlecht aus mit dem ewigen Leben.

Wie man sieht, führt die Totalüberwachung in der Regel nur zu Scherereien. Umso mehr sehnt man sich nach Landstrichen, die noch unberührt sind von elektronischer Kontrolle. Einige unbewohnte Inseln im Pazifik gehören dazu, Kenner empfehlen aber auch den Westen Australiens als eines der letzten Refugien schrankenloser Freiheit. Dort leben nur ein paar Millionen Kängurus sowie eine Handvoll Farmer, Cowboys und Trucker, die den ganzen Tag in staubigen Outback-Kneipen herumhängen, bis alle Bierdosen geleert sind. Das ist dann der kritische Moment. Bis zur nächsten Kneipe sind es oft 200 Kilometer und mehr, da müssen die Zecher ordentlich aufs Gaspedal drücken, um nicht unterwegs zu verdursten. Die wenigen Autofahrer, die sich an das Tempolimit hielten, hat man später ausgetrocknet wie Mumien im Wüstensand gefunden.

Vernünftigerweise hat sich die Polizei bislang aus dem Verkehrsgeschehen herausgehalten, doch nun sieht es so aus, als seien die Ordnungshüter vom wilden Wombat gebissen. Auf dem Mitchell Freeway bei Perth haben sie soeben die erste Überwachungskamera Westaustraliens installiert, vermutlich im Beutel eines ausgestopften Kängurus. Natürlich kam es, wie es kommen musste: Innerhalb von fünf Tagen hat die Kamera 20 000 Autofahrer geblitzt, nur weil diese schneller fuhren als 100 Stundenkilometer. Der flotteste war mit 199 Sachen unterwegs, er musste sein Auto abgeben und ist jetzt dem Tod durch Verdursten geweiht. Wie wenig sogar die Obrigkeit von den Sitten des Landes versteht, zeigt der Kommentar des Polizeiministers Rob Johnson: Als „absolute Idioten“ beschimpfte er die braven Männer, die doch nur rechtzeitig in der nächsten Kneipe sein wollten. Westaustralien kann man vergessen. Wenn seine Farmer, Cowboys und Trucker noch einmal ordentlich Gas geben wollen, seien ihnen deutsche Autobahnen ans Herz gelegt. Mit 199 km/h zählt man hier zu den Schleichern.

Heute in der SZ

Mein Münster
Nor Abu Khater wuchs in Westfalen auf. Sie wollte nie woanders sein, doch die Eltern brachten sie zurück nach Gaza. ... 3

Wulffs Notbremse
Nun kommt der Karren des Präsidenten hoffentlich vor dem Abgrund zum Stehen. Leitartikel von Kurt Kister 4

„Moralische Katastrophe“
Wie sich die Bundesregierung bemüht, die NS-Vergangenheit vieler Politiker und Beamter zu erforschen. 6

Astronauten im Sandkasten
In der Wüste von Arizona simuliert die US-Weltraumbehörde Nasa die Bedrohung der Erde durch Asteroiden. 16

TV- und Radioprogramm 32
Rätsel 15
München · Bayern 31
Familienanzeigen 30

Süddeutsche Zeitung Bibliothek

Das Buch der Woche
Ror Wolf
Fortsetzung des Berichts
Wolfgang Schreiber stellt Band Nr. 12 vor
Feuilleton, Seite 12
www.sz-shop.de

Süddeutsche Zeitung GmbH Hultschiner Straße 8
81677 München; Telefon 089/21 83-0,
Telefax -9777; redaktion@sueddeutsche.de
Anzeigen: Telefon 089/21 83-10 10 (Immobilien- und Mietmarkt), 089/21 83-10 20 (Motormarkt), 089/21 83-10 30 (Stellenmarkt, weitere Märkte).
Abo-Service: Telefon 089/21 83-80 80,
www.sueddeutsche.de/abo

4 190655 802206
5 1051
SZdigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



Wulff bedauert „irritierende“ Finanzierung

„Das war nicht geradlinig“

Staatsoberhaupt gibt Fehler zu und trennt sich von seinem Sprecher / Neue Details verstärken Argwohn über Kredit

Von Daniel Brössler

Berlin – Bundespräsident Christian Wulff bedauert den Umgang mit einem privaten Kredit für sein Eigenheim, will aber im Amt bleiben. „Mir ist klar geworden, wie irritierend die private Finanzierung unseres Einfamilienhauses in der Öffentlichkeit gewirkt hat“, sagte Wulff am Donnerstag in einer persönlichen Erklärung im Schloss Bellevue. „Das hätte ich vermeiden können und müssen.“ Wulff entließ seinen Sprecher und kündigte an, er werde sein Amt „auch in Zukunft gewissenhaft und mit ganzer Kraft ausfüllen“.

Mit der Erklärung brach Wulff zehn Tage nach Bekanntwerden des umstrittenen Darlehens sein Schweigen. Bislang hatte er sich nur knapp gegenüber einem Radioreporter geäußert und ansonsten seine Anwälte sprechen lassen. „Ich habe

das Bedürfnis, mich auch persönlich zu diesen Vorgängen zu äußern“, sagte er nun. Er nehme „alle Fragen zu den Vorgängen“ sehr ernst und habe alle relevanten Unterlagen offengelegt. „Ich sehe ein: Nicht alles, was juristisch rechtens ist, ist auch richtig“, sagte Wulff. Seine Amtsführung sei aber zu keiner Zeit von Freundschaften beeinflusst worden.

Anstoß erregt seit vergangener Woche ein Darlehen in Höhe von 500 000 Euro, das die Unternehmergattin Edith Geerkens Wulff 2008 für den Erwerb eines Hauses gewährt hatte. Im Mittelpunkt stehen dabei die Fragen, ob Wulff unerlaubt Vorteile angenommen und ob er den niedersächsischen Landtag belogen hat. Wulff gab nun zu, nicht ausreichend Auskunft gegeben zu haben. „Ich hätte auch den privaten Kredit dem niedersächsischen Landtag damals offenlegen sollen. Das war nicht geradlinig, und das tut mir leid“, sagte er. Wulff hatte 2010 auf eine Frage der Grünen Geschäftsbe-

ziehungen zum Unternehmer Egon Geerkens bestritten. Dieser wird als eigentlicher Geldgeber vermutet.

Kurz vor der Erklärung hatte das Bundespräsidialamt die Entlassung von Wulffs Sprecher Olaf Glaeseker bekanntgegeben. Wulff bedauerte, dass er sich von seinem Sprecher trennen müsse und dankte ihm „für seinen großartigen Einsatz an meiner Seite“. Glaeseker kommissarische Nachfolgerin wird seine bisherige Stellvertreterin Petra Diroll. Glaeseker gehört seit 1999 zu den engsten Beratern Wulffs. Die Deutsche Presse-Agentur meldete unter Berufung auf das Umfeld des Präsidialamtes, Glaeseker habe selbst um seine Entlassung gebittet. Im Zuge der Berichterstattung über den Privatkredit und die privaten Urlaubstreisen Wulffs habe sich abgezeichnet, dass sich die Erörterung nun auch auf das Privatleben Glaesekers ausweite. Auch zum Schutz seiner Familie sei Glaeseker nicht bereit gewesen, eine solche öf-

fentliche Erörterung seines Privatlebens hinzunehmen.

Mit seiner vierminütigen Erklärung reagierte Wulff auf zunehmenden Druck, sich persönlich zu äußern. So hatte es der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel als „unglücklich“ bezeichnet, dass Wulff nur über seine Anwälte kommuniziere. Neue Berichte sprechen indes dafür, dass Wulff in der Kritik bleiben wird. So wurde ihm vorgeworfen, die BW-Bank habe ihm bei der Ablösung des Geerkens-Darlehens Sonderkonditionen mit einem ungewöhnlich niedrigen Zins eingeräumt.

Rechtfertigen muss sich der Bundespräsident voraussichtlich auch für enge Verbindungen zum Party-Veranstalter Manfred Schmidt, der anlässlich von Wulffs Wahl eine Feier in Berlin ausgerichtet hatte. Nach einem Bericht von Spiegel Online soll Schmidt an einer Veranstaltungsreihe verdient haben, für die Wulff die Schirmherrschaft übernommen hatte. (Seiten 2 und 4)

Die Gedanken sind frei

Ein abgehörtes Selbstgespräch rechtfertigt keine Verurteilung

Frau Lotis R. hatten einen Sohn, eines Tages trennte man sich, Lotis wollte wegziehen – was aber K.s Zwillingsschwester und ihrem Mann missfiel. Sie hatten den fünfjährigen Jungen lieb gewonnen und wollten ihn behalten, kämpften vor Gericht um ein eigenes Umgangsrecht und boten der Mutter sogar Geld. Das jedenfalls stellte das Landgericht Köln fest, denn eines Tages im April 2007 war die Mutter verschwunden. Ermordet, befand das Gericht, obwohl nie eine Leiche gefunden wurde – ein Opfer des Trios. Beweismittel: ein per Wanze aufgezeichnetes Selbstgespräch von Siegfried K. im Auto. „Die Lotis ist schon lange tot“, stammelte er dort, „oho, I kill her“, und schließlich: „Wir haben sie totgemacht.“ Das Landgericht hätte den vielsagenden Monolog nicht verwerten dürfen, ent-

schied der BGH nun, weil es sich dabei um lautes Denken handle: „Der Grundsatz, dass die Gedanken frei und dem staatlichen Zugriff nicht zugänglich sind, beschränkt sich nicht auf innere Denkvorgänge“, sagte der Strafsenatsvorsitzende Thomas Fischer. Der Schutzgründe in der Menschenwürde und umfasse das Aussprechen von Gedanken im Selbstgespräch, bei dem sich jemand „als allein mit sich selbst empfindet“. Die Abhörattaken mit den kleinen Mikrofonen müssen also nicht nur vor dem Schlafzimmer haltmachen, sondern auch an der einsamen Parkbank, auf der ein Rentner vor sich hin brabbelt. Oder, wenn der Mann mit seinem Auto spricht.

Der BGH hat damit ein weiteres Kapitel in der Geschichte des Privatsphärenschutzes geschrieben, sieben Jahre nach

dem bahnbrechenden Lauschangriff-Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Lange davor, 1989, hatten die Verfassungsrichter den staatlichen Einblick in innere Vorgänge noch erlaubt: In einer Vier-zu-Vier-Entscheidung hatten sie Tagebuchnotizen als verwertbar erklärt. Der bruchstückhaft artikulierte „Gedankenfluss“ ist laut BGH aber ungleich persönlicher als schriftlich fixierte Gedanken.

Dass der Mord ungesühnt bleibt, ist nicht ausgemacht. Es gebe „erhebliche Indizien“, die möglicherweise für eine Verurteilung reichten, sagte Strafrichter Fischer. Das muss nun das Landgericht Köln klären. Und die Frage, was genau ein Selbstgespräch ist, wird weiter diskutiert werden. Ein Gebet – wengleich durch die Religionsfreiheit geschützt – sei jedenfalls keines, sondern Kommunikation, hatte Fischer in der Verhandlung angemerkt. Was ihm den Widerspruch eines Rechtsanwalts eintrug: „Gott antwortet nicht.“ Darauf Fischer: „Manchen antwortet er.“ Wolfgang Janitsch

Frankreich brüskiert die Türkei

Parlament in Paris will Leugnung des Völkermords an Armeniern unter Strafe stellen / Ankara zieht Botschafter ab

Von Stefan Ulrich

Paris – Die französische Nationalversammlung hat am Donnerstag ein Gesetz verabschiedet, das die Leugnung des Völkermords an den Armeniern unter Strafe stellt. Für den umstrittenen Vorschlag stimmte eine klare Mehrheit von Abgeordneten aus allen Fraktionen, von den Konservativen bis hin zu den Kommunisten. Das Gesetz, das noch vom Senat gebilligt werden muss, belastet das französisch-türkische Verhältnis schwer. Die Türkei berief ihren Botschafter nach Ankara zurück, legte die militärische Zusammenarbeit mit Paris auf Eis und setzte die bilateralen Besuche aus.

Der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan sagte, das Pariser Votum habe dem türkisch-französischen Verhältnis „sehr schwere und irreparable Wunden“ zugefügt. Der Streit könnte

auch Auswirkungen auf die Beitrittsaussichten der Türkei zur EU haben. Die armenische Regierung dankte Frankreich. Die Regierung in Paris argumentiert, das Gesetz erwähne weder die Armenier noch die Türkei. Es bedrohe allgemein jeden, der einen in Frankreich anerkannten Völkermord leugne, mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe. Bisher hat Frankreich aber ausschließlich die Genozide an den Juden und an den Armeniern anerkannt. Da die Leugnung des Holocausts bereits strafbar ist, betrifft das neue Gesetz daher nur die Verbrechen an den Armeniern.

Von 1915 bis 1917 ließ die jungtürkische Regierung im Osmanischen Reich nach Ansicht vieler Historiker mehr als eine Million Armenier in Massakern und Todesmärschen umbringen, um die Armenier auszurooten. Die Türkei bestreitet das und behauptet, es seien 300 000

bis 500 000 Armenier infolge von Kriegswirren und notwendigen Umsiedlungen gestorben. Das Parlament in Paris erließ 2001 ein Gesetz, in dem es heißt: „Frankreich erkennt den Völkermord an den Armeniern von 1915 öffentlich an.“ Seitdem wird gestritten, ob eine Leugnung dieses Genozids bestraft werden soll.

Die Befürworter argumentieren, die Sozialisten erinnerten in der Parlamentsdebatte an die Mahnung des Holocaust-Überlebenden Elie Wiesel, wer Genozid-Leugner toleriere, töte die Opfer ein zweites Mal. Allerdings gibt es in Frankreich auch viele Kritiker des Gesetzes, die um die Meinungsfreiheit fürchten. Sie argumentieren, die konservative Regierung wie die sozialistische Oppositi-

on wollten damit nur die Stimmen der armenischstämmigen Franzosen fangen.

Michel Diefenbacher von der regierenden UMP-Partei warnte, es sei gefährlich, in einer fragilen Region wie Kleinasien Öls Feuer zu gießen. Der Historiker Pierre Nora meinte: „Geschichtsschreibung ist nicht die Aufgabe von Politikern.“ In Paris demonstrierten am Donnerstag Tausende Franzosen türkischer Abstammung gegen das Gesetz.

Indessen zeichnete sich in anderen EU-Ländern eine ähnliche Debatte ab. In Deutschland forderte der Zentralrat der Armenier nun auch ein ähnliches Gesetz in der Bundesrepublik. Der Bundestag müsse den vom Osmanischen Reich verübten Völkermord von 1915 anerkennen und damit die Möglichkeit schaffen, die Leugnung der Verbrechen strafrechtlich zu verfolgen, forderte der Rat in Frankfurt. (Seite 4)

HEUTE MIT



Lustig: Ein Rückblick auf 2011 – in Gemischten Doppeln. Traurig: Wir haben uns so daran gewöhnt, mit einem Klick praktisch alles zu kriegen, dass wir langsam vergessen, wie schön das Gefühl der Vorfreude ist. Schwierig: Helfen wir mit Mikrokrediten den Menschen in Entwicklungsländern wirklich? Mysteriös: Warum funkt eine Station tief in Russland seit Jahrzehnten geheimnisvolle Signale? Liegt nicht der gesamten Auslandsauflage bei

8 Seiten Immobilien, Kauf- und Mietmarkt

Dutzende Tote in Irak

Schlimmste Anschlagsserie seit Abzug der US-Truppen

Bagdad – Kurz nach dem Abzug der letzten US-Truppen aus Irak ist der Konflikt zwischen den verfeindeten Religionsgruppen wieder mit voller Wucht aufgebrochen. In Bagdad wurden am Donnerstag bei einer Serie von Bombenanschlägen in vornehmlich schiitischen Gegenden mindestens 60 Menschen getötet und fast 180 verletzt. Der größte Anschlag, bei dem 18 Menschen starben, wurde von einem Selbstmordattentäter verübt: Dieser sprengte sich in einem Krankenwagen nahe einem Regierungsgebäude in die Luft. Die multiethnische irakische Regierung steckt derzeit in einer dramatischen Krise. Premier Nur al-Maliki, ein Schiit, geht mit harter Hand gegen die politischen Vertreter der sunnitischen Minderheit vor. (Seite 8) SZ

Reallöhne legen nur noch langsam zu

Berlin – Die Löhne nach Abzug der Inflation sind im dritten Quartal 2011 so langsam wie seit fast zwei Jahren nicht mehr gestiegen. Dies gab das Statistische Bundesamt bekannt. Danach lagen die Reallöhne nur noch 0,6 Prozent über dem Vorjahresniveau, weil steigende Preise den größten Teil der Verdienstzuwächse wieder auffraßen. In einigen Branchen gab es sogar Reallohnverluste. Gewerkschaftschefs forderten deshalb für 2012 deutliche Tarifierhöhungen. (Seite 5) tö

Medwedjew verspricht mehr Demokratie

Moskau – Kurz vor geplanten neuen Protesten der Opposition hat Russlands Präsident Dmitrij Medwedjew Reformen angekündigt. In einer Rede vor dem Parlament versprach Medwedjew am Donnerstag Erleichterungen bei Parteigründungen sowie die Wiedereinführung der Direktwahl der Gouverneure. Zugleich warnte er das Ausland vor einer Einmischung. (Seite 7) SZ

Deutschland zieht Zuwanderer an

Wiesbaden – Deutschland wird in der Schuldenkrise für Zuwanderer attraktiver. Im ersten Halbjahr 2011 seien 68 000 Menschen mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres eingewandert, teilte das Statistische Bundesamt mit. Auffällig ist ein Anstieg der Zuwanderung aus EU-Schuldenländern wie Griechenland und Spanien. (Seite 5) dapd

Dax ▲ Xetra 17 Uhr 5834 Punkte +0,70 %	Dow ▲ N.Y. 17 Uhr 12 129 Punkte +0,17 %	Euro ► 17 Uhr 1,3039 US-\$ -0,0004
--	---	--

Das Wetter

München – Verbreitet den ganzen Tag über neblig-trüb oder wolkenverhangen. Ab und zu ein wenig Regen oder Sprühregen. Temperaturanstieg auf vier bis neun Grad, vom Rheinland bis nach Ostfriesland Höchstwerte um oder knapp über zehn Grad. (Seite 29)